https://www.fr.de/politik/er-stimmte-als-einziger-der-merz-regierung-gegen-die-wehrpflicht-in-der-aktuellen-lage-falsch-zr-94089294.html

Frankfurter Rundschau vom 18.12.2025

Er stimmte als einziger in der Merz-Regierung gegen die Wehrpflicht: „In der aktuellen Lage falsch“

Zusammenfassung des Interviews mit Jan Dieren

Anfang Dezember stimmte Jan Dieren als einziger Abgeordneter der Regierungsfraktionen gegen das Gesetz zur Modernisierung des Wehrdienstes. Ein einsames Nein, das mehr über den Zustand der sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland verrät als viele wohlklingende Regierungserklärungen. Während CDU/CSU und SPD das Gesetz als pragmatischen Kompromiss verkaufen, markiert Dierens Abstimmung einen bewussten Bruch mit einer Logik, die militärische Handlungsfähigkeit zunehmend mit Zwang verwechselt.

Formal setzt das Gesetz auf Freiwilligkeit. Politisch jedoch öffnet es eine Tür, die lange als verschlossen galt. Die verpflichtende Musterung, kombiniert mit einer gesetzlichen Bedarfswehrpflicht, schafft die Voraussetzungen dafür, junge Menschen im Zweifel wieder einziehen zu können – auch im Frieden. Genau hier setzt Dierens Kritik an. Er widerspricht nicht aus Reflex, sondern aus strategischer und demokratischer Sorge.

Die Begründung der Regierung, Deutschland müsse angesichts eines drohenden russischen Angriffs auf NATO-Territorium personell aufrüsten, hält Dieren für irreführend. Achtzigtausend zusätzliche deutsche Soldaten, so sein nüchternes Argument, verändern die militärische Lage innerhalb eines Bündnisses von über einer Million aktiver NATO-Soldaten in Europa kaum. Wer diese Zahl dennoch ins Zentrum der Debatte rückt, suggeriert Handlungsfähigkeit, wo in Wahrheit Symbolpolitik betrieben wird.

Dieren widerspricht damit einer sicherheitspolitischen Erzählung, die fast ausschließlich auf militärische Antworten setzt. Abschreckung wird zur Monokultur, Diplomatie zur Randnotiz. Friedensforscher warnen seit Jahren, dass Aufrüstungsspiralen Konflikte nicht eindämmen, sondern wahrscheinlicher machen. Dieren greift diesen Befund auf und erinnert daran, dass selbst im Kalten Krieg Abrüstung und Diplomatie parallel zur militärischen Abschreckung betrieben wurden. Dass Abrüstungsabkommen heute leichtfertig gekündigt werden, bezeichnet er als strategischen Rückschritt.

Besonders deutlich distanziert er sich von der Wortwahl des Verteidigungsministers, Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden. Sprache formt Politik. Wer permanent von

Krieg spricht, senkt die Schwelle, ihn für unausweichlich zu halten. Für Dieren ist das nicht nur rhetorisch falsch, sondern politisch gefährlich.

Im Kern richtet sich seine Ablehnung gegen den Mechanismus der Bedarfswehrpflicht. Die verpflichtende Musterung ist kein neutrales Verwaltungsinstrument, sondern der erste Schritt zur Reaktivierung des Zwangs. Eine Daten- und Verfahrensinfrastruktur entsteht, die jederzeit aktiviert werden kann, sobald Freiwillige fehlen oder die Sicherheitslage neu bewertet wird. Aus angekündigter Freiwilligkeit wird eine Wehrpflicht auf Abruf. Juristisch mag das zulässig sein, demokratisch ist es riskant.

Dieren denkt diesen Punkt konsequent weiter. Gesetze gelten nicht nur für die aktuelle Regierung. Sie schaffen Machtmittel für alle, die nachfolgen. Wer heute Strukturen etabliert, die Zwang ermöglichen, muss auch einbeziehen, dass morgen ein AfD-Verteidigungsminister darüber verfügen könnte. Demokratie lebt von Voraussicht, nicht von gutem Glauben.

Hinzu kommt die Perspektive der Betroffenen. Dieren gehört selbst zu dem letzten Jahrgang, der noch gemustert wurde. Er verweigerte den Kriegsdienst und leistete ein soziales Jahr im Ausland. Heute erlebt er, wie junge Menschen von einer Dauerkriegsdebatte verunsichert werden, zu der nun die reale Aussicht auf Einberufung tritt. Politik, die Sicherheit verspricht, aber Angst produziert, verfehlt ihr Ziel.

Dierens Nein war kein Akt der Nostalgie und kein sicherheitspolitischer Leichtsinn. Es war der Versuch, einen schmal gewordenen Raum zu verteidigen: den zwischen notwendiger Verteidigungsfähigkeit und dem leichtfertigen Griff zum Zwang. Die Alternative liegt weiterhin auf dem Tisch. Ein attraktiver, freiwilliger Dienst. Eine ernst gemeinte Diplomatie. Und eine Sicherheitsstrategie, die nicht glaubt, jedes politische Problem lasse sich mit Uniformen lösen. Manchmal ist das einsame Nein der klarste Ausdruck von Verantwortung.